Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Nummer 5382 des amtlichen Zeitungs-Verzeichnisses.

Für die Redaktion verantwortlich J. B.: Albert Herling in Halle.

[Fernsprechverbindung mit Berlin und Leipzig.] Anschluß-Nr. 176.

Saale-Zeitung.

(Der Bote für das Saalthal.)

Fünfundzwanzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 60 Pfg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen.

[Der Nachdruck unserer eigenen Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 110. **Halle a. d. Saale, Donnerstag den 14. Mai** **1891.**

Der neue Kultusminister.

Vier Tage hat die Berathung des Kultusetats im preußischen Abgeordnetenhause in Anspruch genommen, die erste, an der Windthorst nicht als Führer in der Schlacht theilnahm. Es kam diesmal überhaupt nicht zu einer Schlacht: des Kulturkampfes Waffen ruhen, des Wortkrieges Stürme schweigen und die wichtigste Person für die Kultusdebatten ist wieder der Finanzminister, der Geld für die verschiedenartigen Forderungen dieses umfangreichen Ressorts herzugeben hat. Daneben aber machte sich diesmal ein zunächst psychologisches Interesse für die Persönlichkeit des neuen Kultusministers geltend, in dessen Hand die Entscheidung über eine große Reihe der kulturell wichtigsten Fragen gelegt ist. Graf Zedlitz-Trützschler hat sich in Posen unter sehr schwierigen Verhältnissen als ein Verwaltungsbeamter von hervorragender Begabung bewährt; er hat es verstanden, ohne schnurrbärtige Manieren, die ihm als ehemaligen Reiteroffizier nahe gelegen hätten, in so hohem Grade die Sympathien der Bevölkerung zu erwerben, daß ihm die Bürgerschaft bei seinem Scheiden den Ehrenbürgerbrief der Stadt Posen überreichte, und gleichzeitig hat er auch mit dem polnischen Element sich gut zu benehmen gewußt. Politisch aber war der neue Minister bisher eine unbewerthete Größe und der aufdringliche Eifer, mit dem ihn klerikale und orthodoxe Stimmen in der Nachfolge des Herrn v. Goßler begrüßten, war ganz dazu angethan, die gespannte Erwartung auf sein erstes ministerielles Auftreten zu steigern.

Graf Zedlitz-Trützschler hat selbstverständlich noch nicht Zeit gehabt, sich in die Einzelfragen seiner Verwaltung einzuarbeiten und gern wurde ihm von allen Seiten die dieserhalb erbetene „Schonzeit" bewilligt. Wohl aber wäre es möglich gewesen, das Dunkel zu lichten, das über den politischen Zielen des neuen Ministers lagert, und den Weg zu weisen, der in Zukunft eingeschlagen werden soll. Das ist nicht geschehen. Es scheint, wir müssen uns in Deutschland und Preußen daran gewöhnen, über die Persönlichkeiten und über die politischen Absichten der neuen Männer auf absehbare Zeit im Dunkel zu tappen, so wenig dem beschränkten Unterthanenverstand die Zweckmäßigkeit solchen Versteckenspiels einleuchten will. Dunkel wie die Wege unserer gesammten inneren Politik ist auch der neue Kurs, der angeblich nach dem Ausscheiden des Herrn v. Goßler in der weitverzweigten Kultusverwaltung eingehalten werden soll. Der neue Minister hat sich in überaus höflichen und konzilianten Formen eingeführt, er hat erklärt, niemals Parteimann gewesen zu sein, eine Rede von politischer Bedeutung aber hat er nicht gehalten. Mag ihm daher die „Kreuzzeitung" aus Antipathie gegen seinen human gesinnten Vorgänger bereits jetzt ungemessenes Lob spenden: die liberale Bürgerschaft steht ihm ohne günstiges und ungünstiges Vorurtheil gegenüber und erwartet den Augenblick, der seine Ziele und Absichten enthüllen wird. Nach seinen Thaten wird man ihn beurtheilen.

Von diesen Thaten ist einstweilen erst eine bekannt. Graf Zedlitz hat bald nach seinem Amtsantritt den Privatunterricht in der polnischen Sprache einen über das bisher erlaubte Maß hinaus reichenden Spielraum gewährt und er hat auch in den Debatten mehrfach seinen sympathischen Empfindungen für die polnische Nationalität Ausdruck gegeben. Da er gerade die hier in Frage kommenden Verhältnisse in der Nähe gesehen hat, darf man seiner Initiative wohl ruhig vertrauen, um so mehr, als er entschlossen ist, eine schiefe Ebene zu meiden und nicht die ganze Hand nehmen zu lassen, wo er den kleinen Finger bot. In dieser Beziehung hat die Polendebatte im Landtag alle etwa noch vorhandenen Zweifel beseitigt.

Nun zu einer Frage noch hat im übrigen der Minister unzweideutige Erklärungen abgegeben: eine Theilung des Kultusministeriums würde er für seine Person nicht mitmachen. Nach dem Rücktritt des Herrn v. Goßler waren die schon vorher in der Presse umlaufenden Meldungen wieder aufgenommen worden, nach welchen die kirchlichen Angelegenheiten künftig ihren eigentlichen Mittelpunkt in dem entsprechend veränderten evangelischen Oberkirchenratz finden und die Medizinal-Angelegenheiten dem Ministerium des Innern unterstellt werden sollten. Nach diesem Arrangement wäre Graf Zedlitz dann Unterrichtsminister geworden und seine Aufgabe wäre gewesen, die Schulverwaltung von den kirchlichen Interessen abzulösen und auf eigene Füße zu stellen. Diese Art der Organisation hat sich in anderen Ländern bewährt und sie entspräche besonders dem Anspruch einer Zeit, die das Schulwesen in allen seinen verschieden gearteten Formen auf neue Grundlagen stellen will. Es scheint, daß Graf Zedlitz, ehe er sein neues Amt übernahm, einen Beschluß des Staatsministeriums über diese hochwichtige Frage extrahirt hat. Jedenfalls ist er persönlich gegen diese Trennung der kirchlichen und der Schulinteressen, und so wird denn vorläufig der alte Zustand noch fernerhin fortdauern und das Kultusministerium wird die Stätte bleiben, von der aus kirchliche, kulturelle und Fragen des Unterrichtes entschieden und zugleich Maßregeln gegen das Eindringen der — Rinderpest beschlossen werden.

Daß der neue Minister auf der Durchberathung des von seinem Vorgänger ausgearbeiteten Volksschulgesetzes nicht bestehen würde, war zu erwarten. Das Gesetz, so wurde uns gesagt, wird wieder kommen, über die Gestalt aber, in der es dann auftauchen soll, schwieg des Herrn Grafen Höflichkeit. Bedenken konnte es erregen, daß der Minister erklärte, die Berathungen der Schulgesetz-Kommission böten ihm für seine Neugestaltung werthvolles Material. In dieser Kommission hat bekanntlich das Centrum den Ton angegeben und dieser Ton dürfte der Mehrheit des deutschen Volkes keine angenehme Musik sein. Auch sonst war der Minister den Ultramontanen gegenüber so verbindlich, daß die Befürchtung an Raum gewann, er möchte den Ansprüchen, welche die katholische Kirche in Bezug auf ihre Theilnahme an der Verwaltung der Schule erhebt, nicht den unerläßlichen Widerstand entgegensetzen. Sollte sich diese vielfach gehegte Voraussetzung bestätigen, dann würde der Liberalismus den Minister als Gegner zu betrachten haben.

Die viel erörterte Frage der Schulreform hat Graf Zedlitz nur gestreift und seine Aeußerungen zur Sache ließen verschiedentliche Deutungen zu. Der Radikalismus, der zu allgemeiner Ueberraschung beim Beginn der Schulkonferenz zum Wort kam, scheint bereits seinen Höhepunkt überschritten zu haben. Insbesondere scheint die Gefahr beseitigt, die seit den bekannten Aeußerungen des Kaisers über den Realgymnasien zu schweben schien. Die hierauf bezüglichen Erklärungen des Ministers waren sehr dankenswerth, denn es waren ernste Beunruhigungen entstanden. Auf eine Anregung des Professor Virchow hatte sich im April u. a. auch die berliner Stadtverordnetenversammlung für die Beibehaltung der Realgymnasien ausgesprochen und es scheint, daß diese und ähnliche Erörterungen nicht eindrucklos vorüber gegangen sind. Die Realgymnasien haben sich durchaus bewährt, es liegt kein Grund zu ihrer Beseitigung vor und es wäre zu wünschen, daß ihren Abiturienten auch die Berechtigung zum Studium der neueren Philologie erhalten bleibe, auf deren Erlöschen das Reskript des Herrn v. Goßler vom März vorbereitet hatte. Der neue Minister berührte diesen Punkt nicht; er sprach sich nur für eine Beschränkung des Lehrstoffes und für eine Erweiterung des Turnunterrichts aus und gab im allgemeinen die Versicherung, er denke nicht daran, altbewährte Einrichtungen über den Haufen zu werfen, und er werde nur eine organische Fortbildung, nicht eine sprunghaft gewaltsame Entwickelung erstreben. Es zeigt sich auch auf diesem schwierigen Gebiete wiederum, daß wohlmeinende reformatorische Absichten nicht ausreichen, um komplizirte Verhältnisse im Handumdrehen nach augenblicklichen Neigungen umzugestalten. Graf Zedlitz-Trützschler hat es verschmäht, der erste Unterrichtsminister in Preußen zu heißen, aber es liegt in seiner Hand, für die Unterrichtsverwaltung im großen Gutes zu schaffen, wenn er hochkirchlicher Anmaßung entschlossen begegnet und einem stürmenden Radikalismus gegenüber das retardirende Moment darstellt. Nur in ruhigen, von gereifter Erfahrung zuvor ernstlich geprüften Bahnen kann eine gedeihliche Reform des höheren Unterrichtswesens sich vollziehen.

Deutsches Reich.

* **Berlin,** 12. Mai. Se. Maj. der Kaiser empfing wieder im Laufe des Vormittags zunächst den Reichskanzler und hatte mit demselben eine einstündige Unterredung. Dann wurden noch der Viceadmiral Hollmann, Frhr. v. Senden-Bibran, Kapitän-Lieutenant Müller, General v. Hahnke und mehrere hochgestellte Offiziere empfangen. Auch den Prinzen Albert von Sachsen-Altenburg, der von den Beisetzungsfeierlichkeiten aus Petersburg zurückgekehrt ist, empfing der Kaiser. — Aus Bad Homburg wird gemeldet, die Kaiserin Friedrich werde am 16. der Eröffnung der internationalen elektrischen Ausstellung in Frankfurt a. M. beiwohnen. — Am 18. Aug. trifft der Kaiser in Frankfurt zur Ausstellung ein und nimmt behufs eingehender Besichtigung einen mehrtägigen Aufenthalt im königlichen Schlosse zu Homburg. — Prinz Albrecht ist mit seiner Gemahlin und seinem jüngsten Sohne gestern abend aus Braunschweig hier eingetroffen. Morgen mittag findet die Konfirmationsfeier bei beiden ältesten Söhne des Prinzen in der hiesigen Schloßkapelle statt. An derselben nehmen die Majestäten und sämmtliche Mitglieder der königlichen Familie theil. — Das Befinden der seit 3 Wochen an einer Venenentzündung erkrankten Prinzessin Elisabeth von Baden hat sich verschlimmert. Seit einigen Tagen ist hohes Fieber und eine Ausdehnung der Entzündung eingetreten.

Berlin, 12. Mai. Gerüchtweise verlautet, die Staatsanwaltschaft habe gegen ein hiesiges Blatt die Anklage wegen Majestätsbeleidigung erhoben, weil dasselbe bei der Würdigung der bonner Tischrede den Kaiser mit dem Kaiser Siegismund verglichen, über dessen Regierung und Charakter die Geschichte sich bekanntlich sehr kritisch ausgesprochen hat. Auf Grund authentischer Erkundigungen kann ich jedoch versichern, daß ein solches Verfahren bis jetzt noch nicht eingeschlagen worden ist und nach Lage der Sache wohl auch schwerlich in der Absicht der Behörden liegen dürfte. Bei dieser Gelegenheit sei gleich darauf hingewiesen, daß diese Rede selbst in den Kreisen inhaltlich angefochten wird, welche sonst mit ihrer Kritik sehr zurückzuhalten pflegen. Besonders scharf aber ereifert sich darüber die Centrumspresse, deren Hauptorgane erst vor wenigen Monaten eine Serie von leidenschaftlichen Angriffen gegen das Corpsleben veröffentlicht hatten. Wenn wir nicht irren, wurden die fraglichen Artikel in Bonn zu einer Broschüre vereinigt und es verlautet, dieselbe sei durch Herrn Hintzpeter dem Kaiser vorgelegt worden. Dem entsprechend faßt man die Rede des Monarchen vielfach als eine Widerlegung dieser Angriffe auf, als deren Verfasser kein anderer als der alte Reichensperger genannt wird. Die Deutsche Reichsztg. in Bonn hatte sämmtliche Kapitel der Reihe nach an erster Stelle abgedruckt und dadurch den Unmuth der dortigen Corps erregt.

≈ **Berlin,** 12. Mai. Das Cerevis, das der Kaiser in der Borussiakneipe trug, und die kurze Corpsjacke nebst den Bändern ꝛc. sind bereits im März hier angefertigt worden, woraus hervorgeht, daß der Kaiser damals bereits die Betheiligung an dem Kommerse beabsichtigte.

△ **Berlin,** 12. Mai. Ohne Quellenangabe übernehmen jetzt viele hiesige Blätter die Meldung der Saale-Zeitung, daß Graf Münster zum Sommer von seinem Posten in Paris abberufen werden dürfte. Ueber seinen eventuellen Nachfolger verlautet jedoch noch nichts Bestimmtes. Unter andern wird Herr v. Radowitz genannt, welcher in Paris als ehemaliger Chargé-d'affaires den besten Ruf zurückgelassen hat. Sicherem Vernehmen nach hat sich, wie nachträglich erst bekannt wird, der Kaiser wiederholt sehr mißfällig über das Verhalten Münster's in der Reise-Affaire der Kaiserin Friedrich ausgesprochen. Das betr. Projekt war bekanntlich unter Umgehung des Auswärtigen Amtes vom Reichskanzler, der Familie Hintzpeter und dem Grafen Münster ins Werk gesetzt worden.

≈ **Berlin,** 12. Mai. Die italienische Diplomatie hat auf Anordnung Rudinis hier und in Wien Schritte gethan, um die Centralmächte betr. der Haltung der Vereinigten Staaten von Nordamerika zu einer diplomatischen Vermittelung oder sogar zu einem Kollektivprotest zu bewegen. In diesem Sinne haben de Launay und Nigra bereits die beiden Kabinete vertraulich interpellirt, und soll man, wie versichert wird, besonders hier nicht abgeneigt sein, auf dem Wege wohlgemeinter Rathschläge in Washington Italien unsere Bundesfreundschaft zu beweisen. Der deutsche Gesandte dortselbst soll in diesem Sinne bereits Instruktionen erhalten haben.

Berlin, 12. Mai. Unlängst noch wurde in hiesigen maßgebenden Finanzkreisen versichert, der Zar habe, den Rathschlägen des Finanzministers Wyschnegradski Folge gebend, feierlich versprochen, von der Vollstreckung der dekretirten Judengesetze Abstand zu nehmen. Man machte hier sogar den jüdischen Envoyés extraordinaire der Alliance Israélite namhaft, der, von Rothschild, Hirsch, Bleichröder ꝛc. mit Vollmachten versehen, diese Frage an der Newa verhandelt hatte. Mehr noch, es wurden bestimmte Summen genannt, welche Wyschnegradski und andere Betheiligte bei dem Handel verdient haben sollten. Ein hiesiges Börsenblatt hatte das angebliche Entgegenkommen des Zaren sogar mit einer Reihe recht wohlgemeinter Leiter quittirt, worin die russische Finanzpolitik auf das entschiedenste unterstützt ward. Jetzt mit einemmal aber hat sich herausgestellt, daß Alexander weit entfernt ist, den Wünschen der jüdischen Börsenfürsten Rechnung zu tragen, daß er vielmehr mit der ihm eigenen Hartnäckigkeit nachsichtslos die Austreibung der Juden durchführt.

Im Hinblick auf das Dementi, welches vor kurzem seitens der „N. A. Z." der Meldung von der bereits erfolgten Erneuerung der Tripel-Allianz entgegengesetzt wurde, erfährt die „Pol. Korr.," daß in wiener Kreisen wohl kein Zweifel daran gehegt wird, daß die Erneuerung der Tripel-Allianz im entsprechenden Zeitpunkte sicher erfolgen werde, daß aber allerdings die Nachricht, diese Erneuerung habe bereits stattgefunden, unrichtig ist.

Nach einer dem „B. Tgbl." von „besonderer Seite" zugehenden Mittheilung haben die Vorverhandlungen über die Erneuerung des Dreibundes das Stadium der mündlichen Besprechungen noch nicht überschritten. Dennoch besteht, obschon nicht alle Elemente des italienischen Kabinets Freunde der Bündnißpolitik sind, in Berlin und Wien kein Zweifel darüber, daß der Vertrag in aller Bälde wieder erneuert werden wird. Das Kabinet Rudini wird schon deshalb, weil es zu einer großen politischen Schwenkung zu schwach wäre, die bisherige Bündnißpolitik fortsetzen müssen. Ein langes Zaudern und Abwarten von seiten Italiens in Bezug auf die Erneuerung der Allianz würde aber schon darum ausgeschlossen erscheinen, weil die beiden alliirten Mächte, Deutschland und Oesterreich-Ungarn, sich natürlich nicht bis zum Tage des Ablaufs des Vertrages gedulden würden, um über die künftige Haltung Italiens zum Dreibunde volle Klarheit zu erlangen. Italien weiß außerdem sehr genau, daß ihm nur Deutschland und Oesterreich gegebenenfalls thatsächliche territoriale Garantie leisten würden. Denn bis England eventuell zugunsten Italiens in Aktion träte, dürfte es zu spät sein. In Berlin und Wien wird darum der Entscheidung Italiens mit voller Gelassenheit entgegengesehen.

Mit 123 gegen 41 Stimmen hat das Herrenhaus den Steuertarif des Abgeordnetenhauses mit der Progression des Steuersatzes auf 4 Prozent angenommen und damit, da die Zustimmung des dritten Faktors der Gesetzgebung, der Regierung, nicht in Frage steht, über das neue Einkommensteuergesetz eine völlige Verständigung der gesetzgebenden Faktoren erzielt. Freilich hat das hohe Haus dieses Opfer seiner Ueberzeugung erst gebracht, nachdem es durch eine Resolution sein Gewissen salvirt. Auf den Antrag des Fürsten zu Wied hat die Mehrheit der Staatsregierung gegenüber ausgesprochen: 1. daß in dem weiteren Gange der Steuerreform das System der Progressivsteuer keinen Eingang finde; 2. daß dagegen eine verschiedene Besteuerung des fundirten und des nicht fundirten Einkommens als erwünscht anzusehen; 3. eine Besteuerung des fundirten Einkommens über den Maximalsatz von 4 Proz. hinaus als unthunlich zu betrachten und daß 4. eine entsprechende Entlastung des nicht fundirten Einkommens anzustreben sei. Diese Resolution oder wenn man will, dieser Monolog des Herrenhauses ist insofern von Interesse, als dieselbe die Thatsache, daß das neue Einkommensteuergesetz in der That auf dem System der Progressivsteuer beruht, offen anerkennt.

Gegenüber den vielfach sich widersprechenden Meldungen über den Fortgang der preußischen Schulreform wird von offiziöser Stite hervorgehoben, daß die Unterrichtsverwaltung gelegentlich der Berathung einer auf die Schulreform bezüglichen Petition in der Unterrichtskommission des Abgeordnetenhauses die Erklärung hat abgeben lassen, daß in materieller Beziehung die Beschlüsse der Dezemberkonferenz,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18910514010/fragment/page=0001

nachdem dieselben die Allerh. Sanktion gefunden haben, den festen Ausgangspunkt für die weiteren Entschließungen der Unterrichtsverwaltung bilden. Dieser prinzipielle Standpunkt schließe indessen nicht aus, daß die großen pädagogischen Streitfragen, welche sich an die auch von der Konferenz empfohlene „möglichst gleiche Werthschätzung der humanistischen Bildung mit der realistischen" anknüpfen, innerhalb des Unterrichtsministeriums vor definitiver Entschließung noch weiter eingehend erwogen werden. Auch wenn die Schulreform auf Grund der Konferenzbeschlüsse ins Werk gesetzt wird, beabsichtigt die Unterrichtsverwaltung, die berührten Fragen, welche lediglich theoretisch nicht gelöst werden können, auf praktischem Wege durch Gestattung weiterer Versuche auf diesem Gebiete einer allmählichen Klärung entgegenzuführen. Dabei zieht die Verwaltung nur die Folgerung aus der von ihr in der Konferenz abgegebenen Erklärung, daß der Herr Minister geneigt sei, in der Gestaltung der Lehrpläne nach individuellen Verhältnissen und lokalen Bedürfnissen eine gewisse Freiheit zu gestatten, einer Erklärung, welche von der Versammlung mit einer Dankesresolution beantwortet wurde. Das ganze Vorgehen der Unterrichtsverwaltung auf dem betretenen Weg der Reform werde übrigens, in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Konferenz, unter allen Umständen mit einer weitgehenden Schonung der Interessen der Schüler, der Eltern und der Gemeinden oder Korporationen verbunden sein.

Weil demnächst eine allgemeine Revision der Städteordnung angeordnet werden würde, herrscht bei der Staatsregierung wenig Neigung, die Revision der hannoverschen Städteordnung in Angriff zu nehmen. So erklärte der Bürgermeister von Hannover, Stadtdirektor Holtenhoff, einer Deputation der dortigen Bürgervereine.

---

* Dem Handelsminister Frhrn. v. Berlepsch ist der Rothe Adlerorden 1. Klasse mit Eichenlaub verliehen worden. Man darf in diesem Huldenweis wohl das Zeichen der Anerkennung erblicken, welches der Monarch den Verdiensten des genannten Staatsministers um die Arbeiterschutzgesetzgebung zutheil werden läßt. Frhr. v. Berlepsch ist durch mehr als anderthalb Jahre die vornehmlich treibende Kraft bei Vorbereitung, Aufstellung und Förderung des Entwurfs zu dem aus der Initiative des Herrschers hervorgegangenen Arbeiterschutzgesetze gewesen, und seinem rastlosen Eifer ist es wesentlich mit zu danken, wenn das Arbeiterschutzgesetz alle seiner parlamentarischen Verabschiedung entgegenstehenden Schwierigkeiten erfolgreich zu überwinden gewußt hat.

Ueber den neuen Spiritusring wird dem „Berliner Tagebl." von gut unterrichteter und zuverlässiger Seite geschrieben:

Es wird thatsächlich ein neues Unternehmen geplant, welches für die gesammte Spiritus- und Branntweinindustrie sowie für die damit zusammenhängende Preßhefefabrikation einen großen Verband und für diesen ein Centralinstitut mit dem Sitze in Berlin und mit Filialen in den einzelnen Staaten bezw. Provinzen schaffen will. Das neue „Centralinstitut" soll, so heißt es, den „gesammten" Interessen der Spiritus- und Branntwein-Industrie dienen; es soll ein wissenschaftlich-technisches Bureau für die Prozesse der Gährung und der Spiritusbrennerei, neben der Versuchsstation eine Anstellung und Verkaufsstelle von Apparaten usw., ferner ein Stellenvermittlungs- und ein Auskunftsbureau, schließlich aber auch eine Handels- und Bankabtheilung erhalten. An der Spitze des Unternehmens stehen u. a. einzelne Großbrennereibesitzer in Westfalen und Süddeutschland, sowie verschiedene Großspiritusbrenner des östlichen Deutschlands. Auch sollen mehrere bedeutendere Bankiers ihre Mithilfe in sichere Aussicht gestellt haben.

---

* Im Reichs-Eisenbahnamt finden gegenwärtig Berathungen über die Abänderung verschiedener Bestimmungen des Bahnpolizeireglements und der Normen für die Konstruktion und Ausrüstung der Eisenbahnen Deutschlands statt, welche voraussichtlich mehrere Tage in Anspruch nehmen werden. An denselben sind betheiligt Kommissare des Reichsamts für die Verwaltung der Reichs-Eisenbahnen, der Militärverwaltung, des preußischen Ministeriums der öffentlichen Arbeiten, sowie der Regierungen von Baiern, Sachsen, Würtemberg, Baden, Hessen, Mecklenburg, Oldenburg und Hamburg.

---

* Wie auch anderweit bestätigt wird, sind bereits an sämmtliche Provinzialregierungen genaue Anweisungen über die Handhabung des neuen Einkommensteuergesetzes behufs Mittheilung an die Landrathsämter ergangen.

---

* Nach einer Meldung des grandenzer „Geselligen" wird die Ernennung des früheren Kultusministers v. Goßler zum Oberpräsidenten von Westpreußen binnen kurzem erwartet.

---

* Dem Reichstagsabg. Fürsten Bismarck ist eine Eingabe aus dem badischen Amtsbezirk Adelsheim mit 828 Unterschriften zugegangen, in welcher derselbe im Hinblick auf den deutsch-österreichischen Handelsvertrag ersucht wird, er möge im Reichstage „dafür wirken, daß der deutschen Getreideproduktion der ihr so nothwendige Schutz nicht genommen oder beeinträchtigt werde!"

---

* Das „Militär-Wochenblatt" theilt amtlich mit, daß dem Prinzen Albrecht der Vorsitz in der Landes-Vertheidigungskommission übertragen ist, General der Infanterie v. Keßler, Generalinspecteur des Militär-Erziehungs- und Bildungswesens, ist als ständiges Mitglied in diese Kommission berufen.

---

* Das „Milit.-Wochenbl." meldet die Verabschiedung des bekannten Afrikaforschers Hauptmann Kund, bisher aggregirt dem 17. Infanterie-Regiment und kommandirt zur Dienstleistung beim Nebenetat des Großen Generalstabes. Hauptmann Kund, der bekanntlich sehr ernst erkrankt war und außerdem noch an den Nachwirkungen des Gelenkrheumatismus und schwerer Verwundungen litt, weilt gegenwärtig noch auf Madeira.

---

* Graf Waldersee hat ein „Erinnerungsblatt" an die neunzigste Geburtstagsfeier des verewigten Feldmarschalls Grafen Moltke herausgeben lassen, welches bei E. S. Mittler & Sohn erschienen, indeß nur als Handschrift zur Vertheilung an die Familie und Angehörige, sowie an alle, welche sich an der Feier in besonderer Weise persönlich betheiligt haben, gedruckt ist. Mit der Sammlung des gesammten Materials wurden der Major z. Fahn, à la suite des Großen Generalstabes, und der Hauptmann v. Bremen vom Neben-Etat des Großen Generalstabes betraut.

---

* Zur Angelegenheit des Pastors Ziegler in Leipzig ergreift auch Prof. Beyschlag in Halle das Wort, indem er sich in einem Artikel der „Deutsch-Evangel. Bl." entschieden gegen das breslauer Konsistorium ausspricht. Der Schluß des Artikels lautet: „Es ist mir, auch abgesehen von den Angriffen, die ich wieder einmal gegen mich entfessele, nicht leicht geworden, diese öffentliche Kritik gegen eine landeskirchliche Behörde zu schreiben, der ich gern ihre Ehre gebe. Aber um der Wahrheit, der Gerechtigkeit, der Freiheit unserer Theologie, unseres Pfarrstandes und unserer Gemeinden willen, und zum Schutz eines ungerecht Verfolgten muß es geschehen."

Preußischer Landtag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

Herrenhaus.

18. Sitzung am 12. Mai, 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Berathung des aus dem Abgeordnetenhause herübergekommenen Einkommensteuergesetzes, in welchem das Abgeordnetenhaus entgegen dem früheren Beschlusse des Herrenhauses an dem Steuersatz von 4 Proz. für die höchsten Einkommen festgehalten hatte. Die Herrenhaus-Kommission beantragt, diesem Beschlusse beizutreten.

Berichterstatter Graf Udo zu Stolberg beantragt namens der Kommission, dem Beschlusse des Abgeordnetenhauses beizutreten. Die Kommission gebe prinzipiell auch heute noch dem 3prozentigen Steuersatz den Vorzug. Die Ablehnung der 4 Prozent würde jedoch das Zustandekommen des Gesetzes vereiteln, nicht nur in dieser, sondern auch der nächsten Session, da das Abgeordnetenhaus, das auf seine Wähler Rücksicht zu nehmen habe, an diesem Satze festhalten und in nächster Session ja auch ebenso zusammengesetzt sein werde. Die Kommission bitte daher um Annahme der Beschlüsse des andern Hauses. (Beifall.)

Fürst Wied befürwortet eine Resolution, daß 1. bei der Einführung der Steuerreform das System der Progressivsteuer keinen Eingang finden möge, 2. daß eine verschiedene Besteuerung von fundirtem und von unfundirtem Einkommen stattfinden möge, 3. daß bei dem fundirtem Einkommen kein Hinausgehen des Steuersatzes über 4 Proz. und daß 4. bei dem unfundirten Einkommen eine Ermäßigung des Steuersatzes erfolgen möge. — Redner spricht dann für die Annahme des Kommissionsantrages, da es sich hier um ein Gesetz handle, dessen Leitmotiv die ausgleichende Gerechtigkeit sei.

Fürst Hatzfeldt bestreitet, daß der frühere Beschluß des Herrenhauses, wie man vorgeworfen habe, entsprungen sei aus Steuerscheu, aus Begünstigung plutokratischer und Börseninteressen. Wie sehr aber das Herrenhaus mit seinem Beschlusse recht gehabt, beweisen die unqualifizirbaren Angriffe einer noch unter konservativer Flagge segelnden, aber bereits anarchistischen Presse. Er werde, um das Reformwerk nicht zu vereiteln, für den Antrag der Kommission stimmen.

Finanzminister Dr. Miquel weist nochmals auf seine frühere Erklärung hin, daß die Staatsregierung, obwohl sie den Satz von 3 Proz. für den richtigen halte, aus dieser Frage keine Prinzipienfrage mache. Da aber das Abgeordnetenhaus auf seinem Beschluß verharrt habe, so sei das Zustandekommen des Gesetzes bei Unnachgiebigkeit des Herrenhauses gefährdet und die Reform auf unbestimmte Zeit verschoben. Deswegen müsse die Regierung das Haus um Annahme des Tarifs des Abgeordnetenhauses bitten. In Hamburg gehe man bis 3½ Proz., in Oldenburg gehe man von 60,000 M. an bis 4 Proz., in Baden gehe man sogar unter Berücksichtigung der Kapitalrentensteuer über 4 Proz. hinaus, und dasselbe sei der Fall in Würtemberg und Baden. Man könne also von einem exorbitanten Satze nicht sprechen. Die Zahl der davon betroffenen Personen sei auch durchaus nicht bedeutend, es handele sich hier betreffs der Einkommen von 30,000 M. an nur um 5000 Personen. Die Frage habe umsoweniger Bedeutung, als der Tarif einer durchgreifenden Revision werde unterzogen werden müssen, wenn die Frage der verschiedenen Besteuerung des fundirten und unfundirten Einkommens praktische Gestalt gewinnen würde. Die Resolution liege auf dem Wege, den die Regierung zu gehen beabsichtige, und diese Absicht sei auch schon in dem vorliegenden Gesetze erkennbar. Denn die Regierung gehe ja darauf aus, die Einkommensteuer sowohl wie die Objektsteuern im Sinne einer wahren Gerechtigkeit zu reformiren, und ebenso wolle man zu einer gerechten und richtigen Kommunalbesteuerung gelangen, dazu solle die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer dienen. Auf denselben Wege liege die Gewerbesteuer. Die ganze Reform werde illusorisch gemacht, wenn man an der einzelnen Frage des höchsten Steuergesetzes das Ganze scheitern lasse. Ein Haus dürfe nicht auf die Nachgiebigkeit des anderen rücksichtslos rechnen, denn sonst sei die Gefahr des Scheiterns großer Reformen vorhanden, oder man kompromittire das Zweikammersystem. Das Herrenhaus in seiner sicheren Zusammensetzung habe den Vorzug vor einem aus Wahlen hervorgegangenen Hause, welches in manchen Fragen nur schwierig nachgeben könne, daß es zur rechten Zeit fest bleiben, zur rechten Zeit nachzugeben in der Lage sei. Das letztere sei jetzt am Platze, wo es sich um eine der wichtigsten Fragen handele. Nachgiebigkeit sei hier kein Zeichen von Schwäche, sondern ein patriotischer Akt. Ueber die Grundlagen des Gesetzes habe man sich geeinigt, welchen Eindruck würde es aber im Lande machen, wenn nur infolge von Differenzen in einer einzelnen Frage die ganze Reform ins Stocken geriethe. Man arbeite dann nur den Wahlagitationen in die Hände. Wenn man so die ganze Steuerreform gefährde, verscherze man den ganzen Vortheil der fünfjährigen Legislaturperiode, die allein durchgreifende Reformen möglich mache. (Beifall.)

Graf Mirbach erblickt in dem Satz von 4 Proz. eine Verstärkung der direkten Steuer. Dagegen habe das Haus prinzipiell protestiren müssen — das sei in der ersten Abstimmung geschehen. Jetzt aber handle es sich um eine politische Abstimmung, und da müsse man das Gesetz der Reform willen annehmen. Die Annahme des Gesetzes mache die Bahn frei für die Beseitigung der Doppelbesteuerung des Grundbesitzes. (Beifall.)

v. Pfuel will mit seinen Freunden für den Antrag stimmen.

Herr Oberbürgermeister Zweigert erklärt sich für den früheren Herrenhausbeschluß. (Vereinzeltes Bravo.) Die sehr großen Bedenken gegen das Gesetz habe er allmälig fallen lassen, sein Hauptbedenken — gegen die 4 Proz. — sei nicht beseitigt und er könne nicht dafür stimmen, könne nicht mit kaltem Blute ein Unrecht begehen. (Unruhe.) Er wünsche das Zustandekommen der Reform, aber er könne nicht dieser Forderung nachkommen. Das Versprechen der Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer sei doch nur ein Wechsel auf die Zukunft und auf die Person des Finanzministers. Er wolle keine Progressivsteuer und deshalb sei er gegen die 4 Proz.

Finanzminister Dr Miquel bittet, die Angelegenheit nicht als eine persönliche Frage der beiden Häuser zu behandeln. Im Abgeordnetenhause sei anerkannt worden, daß es sich hier um keine Progressivbesteuerung handle. Mit leichtem Herzen scheine der Berredner über das Bedenken hinwegzugehen, daß eine Ablehnung des Abgeordnetenhausbeschlusses die ganze Reform, welche er ja wünsche, gefährden würde. Auch daß scheine der Berredner vergessen zu haben, daß das Abgeordnetenhaus dann den ganzen Tarif umändern würde. Ein Theil des Abgeordnetenhauses habe die Paragraphen über die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer in der Fassung des Herrenhauses nur ungern angenommen, aber er hätte es ohne ein Wort gethan, damit das Gesetz nicht scheitere. Wie könne man da den größeren Grad der Nachgiebigkeit des einen oder anderen Hauses bemessen?! Allein maßgebend müßte das große Staatsinteresse sein.

v. Wedell-Piesdorf spricht sich für den Satz von 4 Proz. aus, damit das Gesetz nicht scheitere. Die Ausführungen des Finanzministers haben gezeigt, daß es sich hier nicht um eine große Sache handele. Auf die Doppelbesteuerung der Aktiengesellschaften dürfe man kein großes Gewicht legen, denn diese sei ein Fehlschuß. Die Aktiengesellschaften würden es so einzurichten verstehen, daß nicht mehr als 3½ Proz. Dividende herauskommen, denn wozu wären die Jungen da, die die Aktiengesellschaften zu bekommen pflegen? Die progressive Besteuerung sei eine Konzession an die sozialistischen Tendenzen der Zeit. Es sei daher wohlgethan, wenn das Herrenhaus durch eine entsprechende Resolution hier klar zu erkennen gebe, daß es das Prinzip verwerfe. Er habe ursprünglich beabsichtigt, die 4 Proz. schon von 20,000 M. Einkommen zu zahlen, damit die Verfechter derselben in die Lage kämen, diesen ihren sozialreformatorischen Gedanken selbst durch eigene Leistungen mit ausführen zu helfen. (Heiterkeit.) Er habe das aber im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes wieder aufgegeben.

Oberbürgermeister Zweigert weist zum Beweise der Behauptung, daß das Abgeordnetenhaus eine progressive Einkommensteuer wolle, auf einige Ausführungen der Abgg. v. Zedlitz und Dunmann im Abgeordnetenhause hin.

Finanzminister Dr Miquel bestreitet, daß in den Worten des Abg. v. Zedlitz auch nur eine Andeutung von dem Wunsche nach einer progressiven Einkommensteuer liege.

Oberbürgermeister Bötticher sieht in der Angelegenheit keine Prinzipienfrage. Man würde es im ganzen Lande nicht verstehen, wenn an dem Widerstande des Herrenhauses die Reform, nach welcher man sich allgemein so sehr sehne, scheitern sollte. Man würde das auf egoistische Motive des Herrenhauses zurückführen, in welchem sich ja eine Anzahl Mitglieder befinden, die von der Einführung eines höheren Steuersatzes getroffen werden. Das Abgeordnetenhaus habe sich doch die Sache ebenso reiflich überlegt wie das Herrenhaus und könnte durch die Ablehnung seines Beschlusses sich ebenso beleidigt fühlen wie umgekehrt das Herrenhaus.

Finanzminister Dr. Miquel glaubt bereits in seiner ersten Rede die Stellung der Regierung zur Resolution gekennzeichnet zu haben und wiederholt, daß sie ganz auf dem Boden derselben stehe. Was die Forderung anbelange, daß künftighin kein höherer Prozentsatz als 4 Proz. verlangt werde, so stehe die Regierung auf dem Standpunkte, daß eine zu scharfe Heranziehung der großen Einkommen nicht stattfinden solle. Die Zahl 4 solle aber keine feste Grenze bilden, sondern nur die Ansicht festlegen, daß eine progressive Steuer nicht einzuführen sei. — Das Gesetz werde für die Uebergangszeit eine große Anzahl von Zukongruenzen mit sich bringen. Diese müsse man aber für die erste Zeit mit in den Kauf nehmen. Die Inkongruenzen werden verschwinden, wenn die ganze Reform durchgeführt sein würde.

Graf v. d. Schulenburg-Betzendorf erklärt, daß er für die 4 Proz. gestimmt haben würde, falls er bei der vorigen Abstimmung anwesend gewesen wäre, verheidigt aber diejenigen, welche für 3 Proz. gestimmt haben, die es aus selbstloser Interessen gethan hätten. Die liberale Presse habe auf der ganzen Linie sich gegen die letzteren gewendet, welche sich aber wohl darüber hinwegsetzen werden. Solche Polemik gegen das Herrenhaus füllte aber die Spalten der liberalen Presse in angenehmer Weise. Auch das sozialkonservative „Volk" habe sich diesen Angriffen angeschlossen und die Schulenburgs angegriffen. Es habe diese Angriffe mit der Begründung gemacht, daß damit die Sozialreform des Kaisers gehindert werde. Redner erklärt, daß er sich nicht zwingen lasse, daß aber solche Denunziationen an die allerhöchste Stelle nur die Wirkung haben könnten, daß er für 3 Proz. nunmehr stimme. Er glaube, daß alle Mitglieder ebenso wie er selbst lediglich aus Rücksicht auf die allgemeinen Staatsinteressen stimmen.

Graf Brühl tritt ebenfalls für die 3 Proz. ein und zwar aus prinzipiellen Gründen, um die Stellung des Hauses zu wahren. Nachdem das Herrenhaus seinen Beschluß mit großer Majorität angenommen hat, so ist, wenn das Herrenhaus sich nun fügt und dem Abgeordnetenhause unterwirft, keine Aussicht vorhanden daß das Abgeordnetenhaus jemals wieder nachgiebt. (Bravo!) Die Berufung auf das Land könne keine Wirkung üben, denn das Land verstehe überhaupt sehr wenig von den Gesetzen. Nur schlechte demokratische Blätter brächten dem Volk eine Meinung bei, die es ursprünglich gar nicht habe. Das Abgeordnetenhaus müsse sich dem Herrenhaus anschließen. Gesiehe das nicht, so liegt die Schuld des Scheiterns der Reform am anderen Hause. (Beifall.)

Graf Pfeil-Hausdorf verwahrt sich zunächst dagegen, als ob er durch seine Abstimmung die Neigung bekunden wollte, die untern Klassen zu bedrücken. Er wolle gegen die 4 Proz. stimmen, weil sie in das Gesetz nicht hineingehören und den Beginn einer Vermögenskonfiskation bedeuten. Glaube man denn, daß irgend ein steuerlustiger Finanzminister sich an die Resolution halten werde? Im Gegentheil, er werde in der Progression immer weiter gehen. Ce n'est que le premier pas qui coute, und vor dem wollen wir uns ernstlich bewahren. Alle revolutionären Bewegungen seien aus kleinen Zweckmäßigkeitsrücksichten entstanden. Wenn das Abgeordnetenhaus sehen werde, daß das Herrenhaus mit seinem Beschluß Ernst mache, so werde es ihm auch beitreten.

Ministerpräsident v. Caprivi: Es hat mich überrascht, nach den eingehenden Ausführungen des Herrn Finanzministers von dem Vorredner zu hören, daß es sich um eine Vermögenskonfiskation und daß es sich um die Einführung einer Progressivsteuer handle, wobei er andeutete, daß die Staatsregierung diesen Weg wandeln wolle, oder daß doch eine künftige Regierung diesen Ziele zustrebe. Was nun die gegenwärtige Staatsregierung angeht, so erkläre ich in deren Namen, daß sie weder eine Vermögenskonfiskation (Heiterkeit) noch eine Progressivsteuer im Auge hat. Was die zukünftige Regierung angeht, so kann ich nicht wissen, welche Männer dann in ihr sitzen werden. Ich möchte aber an das Haus appelliren und meinem Erstaunen darüber Ausdruck geben, daß der Vorredner die Kreit dieses hohen Hauses so gering angeschlagen hat. Denn wenn einmal eine Regierung käme — und das ist eine nicht voraussetzende Eventualität — die solche Tendenzen hätte, dann ist das Haus doch auch hier, um dagegen einzuschreiten, und es wird dann noch immer Zeit sein für das Haus, das „Bis hierher und nicht weiter" geltend zu machen. Im Namen der Staatsregierung bitte ich das hohe Haus, die Vorlage anzunehmen und von einer weiteren Zurückweisung des Gesetzes an das Abgeordnetenhaus Abstand zu nehmen.

Staatsminister a. D. v. Camphausen: Ich halte es für meine Pflicht, meinen Standpunkt vom April auch jetzt zu vertreten. Von einer Nichtberücksichtigung der ärmeren Klassen kann dabei keine Rede sein. Thatsächlich haben wir es mit einer Progressivsteuer zu thun. Allerdings sage ich nicht, daß wir damit das Programm der Sozialdemokraten uns zu eigen machen, aber wir bahnen damit dem Sozialismus die Wege. Bisher hat Preußen seit über 40 Jahren am Satze von 3 Proz. festgehalten, und dies gute feste Prinzip aufzugeben, davon muß ich abrathen. Redner bezeichnet es im weitern als unzutreffend, daß es sich hier um eine Degressivsteuer handle, und wendet sich sodann dagegen, daß hier nur ein einzelner Streitpunkt vorliege. Es handle sich hier vielmehr um die Kernfrage. Man könne annehmen, daß das mit dem höheren Satze herangezogene Einkommen fundirtes Einkommen sei. Das Abgeordnetenhaus hätte also ja einfach das fundirte Einkommen mit dem höheren Satze heranziehen sollen, statt sich in so prinzipiellen Gegensatz zum Herrenhause zu setzen. Gebe man hier nach, so thue man den ersten Schritt zur Abschaffung des Herrenhauses. Das Abgeordnetenhaus verlange hier gegenüber der Uebereinstimmung vom Herrenhaus und Regierung das Sacrificio del intelletto. Gebe man hier kleinmüthig nach, so ohne man die Bahn zur Beseitigung des Herrenhauses. (Theilweiser Beifall.)

Finanzminister Dr. Miquel: Wenn eine ähnliche Rede von einem ebenso bedeutenden Manne im Abgeordnetenhause gehalten würde und dieser sagte: Durch ein Nachgehen dem Herrenhause gegenüber geht ihr unter das kaudinische Joch und ihr untergrabt eure Stellung, was sollte da aus der preußischen Legislation werden und aus dem Zweikammersystem? (Beifall.) Solche Aeußerungen sind zu beklagen, obwohl sie hier nicht gefährlich sind. (Beifall.) Der Vorredner habe gesprochen, als wenn die 3 Proz. in Preußen sacrosanct wären. Aber er habe selber 1873 eine Reform durchgeführt, wodurch bis 75 Proz. der bisherigen Steuerzahler steuerfrei wurden. Wir hätten ferner die untersten Steuerstufen der Klassensteuer freigelassen. Wo seien denn da die gleichmäßigen 3 Proz. so sacrosanct gewesen? Die Degression sei

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18910514010/fragment/page=0002

vom Abgeordnetenhause bedauerlicherweise ausgedehnt worden auf Einkommen bis 9500 M. herab. Wo bleibe hier die Unantastbarkeit des 3proz. Steuerlasses? Solche Gründe dürften deshalb nicht maßgebend sein. Der Vergleichsvorschlag, mit der getrennten Besteuerung des fundirten und unfundirten Einkommens zunächst vorzugehen, sei für die Regierung unannehmbar. Was wäre das für eine Resolution, diese große und schwierige Frage mechanisch anzufangen um der momentanen Einigung willen. Diese Reform könne auch nicht vorgenommen werden, so lange die Bruttobesteuerung der Realobjekte bestehe.

Die Resolution wird angenommen, ebenso und zwar in namentlicher Abstimmung mit 123 gegen 41 Stimmen der Steuerfrei von 4 Prozent.

Es folgt die Berathung des Wildschadengesetzes, das die Kommission gegenüber dem Abgeordnetenhause wesentlich abgeändert hat.

Auf Vorschlag des Fürsten Pleß wird die Vorlage nach den Kommissionsanträgen en bloc angenommen.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr (Aenderung des Wahlverfahrens, Landgemeinde-Ordnung).

Schluß 3¾ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

87. Sitzung vom 12. Mai, 12 Uhr.

Die Städteordnung für den Regierungsbezirk Wiesbaden wird ohne Debatte mit einem Abänderungsantrag Zelle, in Konsequenz der Beschlüsse zweiter Lesung überall statt „Gemeindevorstand" „Magistrat", und statt „Gemeindevertretung" „Stadtverordnetenversammlung" zu setzen, in dritter Lesung endgiltig angenommen.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzes betr. die Verlegung des Bußtages auf den Freitag nach dem letzten Trinitatissonntage für alle preußischen Landestheile.

Abg. Graf v. Limburg-Stirum (kons.) will diese Vorlage nicht für die Hohenzollernschen Lande eintreten lassen.

Abg. Goldschmidt (freis.) wendet sich gegen den Freitag und gegen die gewählte Jahreszeit. Beides würde zu einer wirthschaftlichen Schädigung führen. Redner beantragt dann Kommissions-Berathung.

Abg. Schultz-Lupitz (freik.) spricht sich für die Vorlage aus, die den Feinden des Christenthums imponiren würde. Im Interesse der Landwirthschaft müsse der Bußtag auf den Winter verlegt werden.

Abg. Engels (freik.) verlangt die Verlegung des Bußtages auf einen Sonntag oder bereits bestehenden Feiertag.

Abg. v. Rauchhaupt (kons.) befürchtet, daß das Gesetz der Generalsynode widerspricht.

Abg. Frhr. v. Heereman erklärt, daß das Centrum nur vom kirchlichen Oberhaupt eingesetzte Feiertage feiern dürfe und daher gegen die Vorlage stimmen würde.

Abg. Francke (natl.) erwidert, daß auch der Staat das Recht habe, Feiertage einzusetzen.

Abg. Richter: Der Staat darf nicht zu kirchlichen Zwecken Feiertage dekretiren, denn der Staat als solcher hat keine kirchliche Anschauung. Die großen kirchlichen Verbände müssen befragt werden. Die Frage ist eine bürgerlich überaus wichtige. Die Landwirthschaft wird wohl einen Tag finden, der für die Industrie weniger nachtheilig ist. Der Freitag ist jetzt nothwendig für die Industrie, nachdem durch die Gewerbenovelle die Sonntagsruhe verschärft worden ist. Besser wäre jedenfalls ein Tag im Sommer, der den Arbeitern Gelegenheit giebt, im Freien sich zu erholen.

Minister Graf Zedlitz: Die evangelischen Kirchenregierungen haben den in Aussicht genommenen Tag ausdrücklich als geeignet und ihnen genehm bezeichnet. Der Wunsch der kleineren Staaten und der nicht unter der preußischen Landeskirche stehenden Landestheile verlangt seit 12 Jahren schon eine Regelung der Frage. Einen Tag zu finden, der allen gewerblichen Kreisen genehm wäre, ist eine Unmöglichkeit. Gegenüber den prinzipiellen Bedenken des Abg. v. Heereman erkennt die Regierung an, daß es der Kirche allein zusteht, allgemeine Feiertage zu beschließen.

Abg. Barthold (freik.) erklärt sich für die Vorlage,

Abg. Szumann (Pole) aus den vom Abg. Heereman angeführten Gründen dagegen.

Ab. Seer (natl.) bezeichnet es als ein zweifelloses Recht des Staates, Buß- und Bettage zu dekretiren, wie es auch 1870 seitens des Königs geschehen sei.

Abg. Richter erwidert, daß man vom bürgerlichen Standpunkte aus dafür zu sorgen hat, daß gewisse Ruhetage im Jahre vorhanden wären, die respektirt werden. Hätte man statt bei den Kirchenbehörden lieber bei den Handelskammern, Berufsgenossenschaften 2c. nachgefragt, so wäre die Antwort gegen den Freitag und gegen die vorgeschlagene Jahreszeit ausgefallen.

Abg. Stöcker führt aus, wenn auch der Staat einen Feiertag beschließe, so könne ihm doch nur die Kirche den religiösen Inhalt geben. Der vorgeschlagene Tag sei sehr gut gewählt, gerade vor Weihnachten sei es gut, die Menschen zu erinnern, daß sie nicht allein zur Arbeit da wären.

Abg. Richter: Die Forderung einer Ruhezeit vor Weihnachten steht im Widerspruch zu dem einstimmigen Reichstagsbeschlusse in der Gewerbenovelle. Die vermehrte Thätigkeit vor Weihnachten entspricht der schönen Sitte, seine Lieben an diesem Feste zu beschenken. Die Kirche sollte froh sein, daß eine solche allgemeine Weihnachtsfeier in dieser Form sich an das kirchliche Fest anschließt. Will Abg. Stöcker dies beschränken, so würde die Kirche selbst am meisten darunter leiden. (Beifall.)

Hierauf wird die Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen.

Es folgen Petitionen.

Die Petition der Zeitungsverleger in Frankfurt a. M. betr. Beseitigung der Bestimmung wegen der Ankündigung von Geheimmitteln in Zeitungen wird der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen, ebenso Petitionen verschiedener Justizbeamter wegen Verbesserung der Gehaltsverhältnisse der Gerichtsassistenten.

Eine Petition von Gerichtsaktuaren und Bureaugehilfen aus dem Oberlandesgericht Breslau wegen Aufbesserung ihrer Lage wird der Regierung als Material überwiesen.

Eine Reihe von Petitionen wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, worauf sich das Haus auf Dienstag, 26. Mai 11 Uhr vertagt.

Schluß 3½ Uhr.

Ausland.

Rußland. Das gestern telegraphisch gemeldete Attentat, welches in Japan auf den russischen Thronfolger verübt wurde, mahnt aufs neue daran, auf wie wenig Augen die Thronfolge Alexanders III. in direkter männlicher Linie ruht. Der Zäsarewitsch Nikolai, welchem das erwähnte Mißgeschick zugestoßen ist, wird in wenigen Tagen dreiundzwanzig Jahre alt, er ist ein körperlich schwächlicher Jüngling, der wohl nicht viel zuzusetzen hat. Der zweite Sohn des Zaren, der zwanzig Jahre alte Georg, welcher seinen Bruder auf der Reise begleitete, krankheitshalber aber von Bombay zurückkehren mußte, ist so leidend, daß man bisher nicht gewagt hat, ihn nach der rauhen nordischen Heimath zurückkehren zu lassen. Der dritte und letzte Sohn des Kaisers Alexander, Michael, zählt jetzt 12 Jahre. Außer diesen drei Söhnen hat das Zarenpaar noch zwei Töchter, nämlich die 1875 gborene Xenia und Olga, welche jetzt neun Jahre alt ist. Ueber die Gründe, welche den betr. Japaner zum Angriff auf den Thronfolger veranlaßt haben, verlautet noch nichts und es wäre müßig, Vermuthungen darüber aufzustellen. Meuchelmorde sind in Japan nichts Seltenes und es ist auch nicht zu verwundern, daß die Russen in Japan nicht sonderlich beliebt sind. Zu verwundern ist nur, wie der Japaner in die Nähe des Thronfolgers hat kommen können. Die Angabe, daß die Verletzung „nicht lebensgefährlich" sei, schließt übrigens nicht aus, daß sie erheblich ist. Nach einer londoner Reutermeldung ist der Großfürst Thronfolger von Rußland durch den Attentäter am Kopfe verwundet worden. Nach einer Mittheilung desselben Bureaus aus Washington, deren Quelle die dortige japanische Gesandtschaft ist, hätte das Attentat in Otsu bei Brewasee, umgefähr 12 Meilen von Kioto, stattgefunden. Kioto, früher Miako genannt, ist die alte Reichshauptstadt von Japan und frühere Residenz des Mikado mit großartigen Ueberresten vergangener Pracht. Die Stadt liegt auf der Insel Nipon, etwa zwei Meilen vom Meere binnenwärts und zählt, trotz ihres Rückganges noch immer gegen 250,000 Bewohner.

Nach einer Mittheilung der wiener Polit. Korr., die vor dem Attentat veröffentlicht wurde, giebt der Gesundheitszustand von vier Mitgliedern der russischen Kaiserfamilie zu ernsten Besorgnissen Anlaß, es sind dies: Großfürst Konstantin Nikolajewitsch, Großfürst Peter Nikolajewitsch, Großfürstin Alexandra Josephowna, Gemahlin des erstgenannten Großfürsten, und die Wittwe von dem kürzlich verstorbenen Großfürsten Nikolaus, Großfürstin Alexandra Petrowna. In der kaiserlichen Familie, welcher erst in jüngster Zeit zwei Mitglieder durch den Tod entrissen wurden, soll infolgedessen eine sehr gedrückte Stimmung herrschen.

Großfürst Georg Alexandrowitsch wird demnächst zu einem etwa drei Tage währenden Aufenthalt in Konstantinopel erwartet.

Wie H. T.-B. aus Petersburg meldet, hat der Generalprokurator des heil. Synods einen ganz selbständigen Versuch gemacht, die Großfürstin Marie Paulowna zur Orthodoxie zu bekehren, sei aber von der Großfürstin in außerordentlich energischer Weise abgefertigt worden. Wie verlautet, werde die Großfürstin, um dieser Bedrängniß zu entgehen, Rußland verlassen. — Großfürstin Marie Paulowna ist die Gemahlin des Großfürsten Wladimir, des ältesten regierenden Bruders des Zaren und eine Schwester des regierenden Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin. Sie ist seit 1874 verheirathet und hat vier Kinder.

Die infolge des Ablebens des Großfürsten Nikolaus freigewordenen Posten des Generalinspektors des Ingenieurwesens und des Generalinspektors der Kavallerie werden nicht wieder besetzt. Die Befugnisse der Generalinspektoren werden von dem Kaiser theils dem Kriegsminister übertragen, theils einem neu zu ernennenden obersten Ingenieurchef, welcher zugleich an die Spitze der Ober-Ingenieurdirektoren tritt. Für das Kavalleriewesen wird in dem großen Generalstabe eine besondere Abtheilung gebildet. Zum obersten Chef des Ingenieurwesens ist der Generalmajor Sabotkin, bisher Adlatus des Generalinspektors des Geniewesens ernannt.

Bulgarien. Bei einem gestern in Sofia zu Ehren des rumänischen Agenten Djubara gegebenen Abschiedsmahl gab der Minister des Auswärtigen Grekoff der Sympathie Bulgariens für Rumänien Ausdruck. Der Ministerpräsident Stambuloff gedachte in einem Toast auf Djubara der traditionellen Freundschaft beider Länder und der rumänischen Gastfreundschaft gegenüber Bulgarien, die er selbst schon dankbar genossen. — Fürst Ferdinand hat Djubara in Philippopel in Abschiedsaudienz empfangen.

Griechenland. Die Nationalbank für Deutschland, welche s. Z. eine große Anzahl griechischer Anleihen auf den deutschen Markt gebracht, hat aus den Berichten über die Judenverfolgungen in Korfu Veranlassung genommen, sich an den griechischen Finanzminister nach Athen zu wenden und demselben Vorstellungen darüber gemacht, daß jene traurigen Vorkommnisse geeignet erscheinen, einen empfindlichen Druck auf die griechischen Werthe an den europäischen Börsen auszuüben. Es ist ihr hierauf von seiten des griechischen Finanzministers, des Herrn C. Carapanos die folgende telegraphische Antwort geworden:

„Die Vorgänge in Korfu sind in den telegraphischen Mittheilungen stark aufgebauscht worden. Wir beklagen die traurigen Ereignisse aufs tiefste und werden alles thun, um eine Wiederholung derselben zu verhindern. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten telegraphirte an unsere Gesandtschaft in Berlin eine authentische und eingehende Schilderung der Thatsachen. Sie wollen von derselben Kenntniß nehmen."

Wie mehreren wiener Blättern aus Triest gemeldet wird, wären zwei griechische Panzerfregatten nach Korfu abgegangen. Die italienische Regierung würde zum Schutz der italienischen Unterthanen auf Korfu ebenfalls ein Kriegsschiff absenden. Der italienische Generalkonsul in Korfu, Berio, der gegenwärtig in Rom weilt, ist angewiesen worden, sofort nach Korfu zurückzukehren.

Italien. Die Deputirtenkammer nahm gestern den Antrag Rubini, die Berathung der gegen den Justizminister gerichteten Resolution Cavallotti auf 2 Monate zu verschieben, bei der zum vierten male vorgenommenen Abstimmung mit 191 gegen 52 Stimmen an. — Der Abg. Quintieri hat eine Interpellation über die Haltung angemeldet, welche die Regierung nach den letzten Ereignissen in den Vereinigten Staaten Nordamerikas einzunehmen beabsichtige.

In der Verwaltung des Peterspfennigs ergaben sich, wie nach dem B. Tgbl. authentisch berichtet wird, große Unregelmäßigkeiten. Der Papst ernannte deshalb zur Prüfung sämmtlicher unter seinem Pontifikat beglichenen Rechnungen eine aus drei Kardinälen bestehende Kommission. Mehrere hohe Persönlichkeiten des Vatikans erscheinen schwer kompromittirt, so dürfte auch Monf. Folchi, bisheriger Sekretär des Peterspfennigs, seines Postens enthoben werden. Trotzdem die Sache begreiflicherweise mit großer Heimlichkeit behandelt wird, stehen schwere Skandale in Aussicht.

Wie die Köln. Volksztg. erfährt, ist die Meldung, wonach die Ernennung deutscher und österreichischer Kardinäle unmittelbar bevorstehe, unrichtig. Nach demselben Blatte wird im Laufe des Monats Mai die päpstliche Encyklika über den Sozialismus erscheinen.

Der Gerichtshof in Genua verurtheilte den aus Preußen gebürtigen Karl Kanzler in contumaciam zu 4 Jahren Zuchthaus und einer Geldstrafe von 5000 Lire wegen Verführung seines Fremdes Mastacchi, eines Beamten im Genietorps, zur Auslieferung wichtiger Festungspläne, welche Kanzler dann dem deutschen Konsul zum Kauf anzubieten versucht hatte; als er sich entdeckt sah, war er entflohen.

Frankreich. In der Deputirtenkammer verlangte gestern der Abg. Chichs eine Interpellation betr. der Vorgänge in Fourmies einzubringen, da die Truppen auf die Menge gefeuert hätten, ohne die gesetzlich vorgeschriebenen Aufforderungen, sich zu zerstreuen, ergehen zu lassen. Der Justizminister Fallidres beantragte, die Interpellation auf einen Monat zu verschieben.

Die Verhaftung des englischen Abg. Cunningham Graham erregt großes Aufsehen. Vor seiner Beförderung nach Calais wurde er vor neuer sozialistischer Agitation in Frankreich gewarnt, widrigenfalls ihm die Verhaftung drohe.

Belgien. Die am Montag verabredete zweite Zusammenkunft zwischen dem brüsseler Bürgermeister Buls und den Veranstaltern der für Mittwoch beabsichtigten sozialistischen Kundgebung fand gestern mittag statt. Die Verhandlungen waren sehr lebhafte; schließlich entschied sich der Bürgermeister dahin, die Kundgebung zu untersagen.

Die Brüsseler Liberale Vereinigung war am Montag zu einer Generalversammlung einberufen, um über die durch die Lage in den Streikgebieten gebotenen Maßnahmen zu berathen. Die Versammlung beschloß einstimmig, an die Regierung und die Kammer eine Petition zu richten, in welcher dieselben aufgefordert werden, über die Frage der Revision des Wahlrechts schlüssig zu werden oder mindestens kategorische Erklärungen abzugeben, durch welche das Vertrauen wiederhergestellt und der öffentliche Friede gesichert werden könnte. Die Versammlung beschloß ferner, drei Delegirte an den König zu entsenden, um an denselben die Bitte zu richten, im Sinne der Herbeiführung einer baldigen Entscheidung auf die Regierung einzuwirken.

Holland. Die zweite Kammer lehnte gestern mit 51 gegen 44 Stimmen den Antrag van Houtens ab, welcher dahin geht, die Berathung des Militärgesetzes auf unbestimmte Zeit zu vertagen.

England. Ebenso wie Gladstone sind auch Hicksbeach, Lord George Hamilton und John Morley von der Influenza heimgesucht. Der Fieberzustand dauert fort, im übrigen soll es ihm besser gehen.

Das Wochenblatt „World", welches zuerst Gerüchte von Geldschwierigkeiten des Prinzen von Wales verbreitete, zieht seine bezügliche Meldung unter Widerruf zurück.

Das Oberhaus hat sich bis zum 26. d. vertagt.

Das Unterhaus nahm gestern die von Smith beantragte Anweisung des jüngst wegen Sittlichkeitsvergehens verurtheilten Abgeordneten Verney ohne Debatte einstimmig an.

Bei der Neuwahl eines Abgeordneten für London-Strand wurde der bisherige Abgeordnete, Führer des Unterhauses, Smith, wieder gewählt.

Afrika. Nach einer Meldung des „Reuterschen Bureaus" aus Kairo soll der egyptische Ministerpräsident Riaz Pascha aus Gesundheitsrücksichten sein Amt niedergelegt haben.

Asien. Wie aus Rangun berichtet wird, erwartet man Verwicklungen zwischen Frankreich und Siam anläßlich der Laosländer nordöstlich von Siam, welche Frankreich beanspruacht. Die Eröffnung der Schiffahrt auf dem oberen Mekong dürfte obige Länder noch viel werthvoller machen.

Südamerika. Nach Meldungen aus Valparaiso setzte es der englische Botschafter durch, daß sämmtliche ausländischen Handelsschiffe, die bisher in Valparaiso zurückgehalten wurden, weil die Befehlshaber derselben es ablehnten, sich zu verpflichten, in die nördlichen chilenischen Häfen nicht einzulaufen, bedingungslos freigelassen wurden. — Die „Hamb. Nachr." veröffentlichen einen Brief aus Valparaiso, worin die Schutzlosigkeit des deutschen Eigenthums in Chile schwer beklagt wird. Ein Bombardement Valparaiso's sei sehr wohl denkbar; dann sei alles verloren. Die Unthätigkeit der deutschen Regierung habe die Deutschen in Chile sehr verstimmt.

Zur Arbeiterbewegung.

Der Streik im böhmischen Kohlenrevier hat vorläufig nicht weiter um sich gegriffen. Auf dem „Friedaschacht" in Bilin blieb die Nachtschicht aus, die Tagschicht fuhr ein. Die Belegschaft des Theresienschaftes ist wieder eingefahren. Auf den Triebschächten Schachten dagegen wird fortgestreikt.

Aus Belgien liegen uns folgende Mittheilungen vor: In den Kohlengruben am linken Maasufer wird eine ausgedehntere Wiederaufnahme der Arbeiten bemerkbar, mehr als 1500 Bergarbeiter gingen gestern wieder zur Arbeit; auch in mehreren industriellen Etablissements in Lüttich, so namentlich bei der „Société de Selessin" und der „Société anonyme de construction de la Meuse" ist Wiederaufnahme der Arbeit zu konstatiren. — Bei 9 auf städtischem Terrain gelegenen Gruben haben 807 Bergwerksarbeiter die Arbeit wieder aufgenommen, während noch 2109 feiern. Nach weiteren Meldungen aus dem ganzen Kohlenbassin von Lüttich, einschl. Seraing, wird die Zahl der Bergarbeiter, welche die Arbeit wieder aufgenommen haben, auf 30 bis 35 Proz. geschätzt. In dem Bassin des Centrums dauert der theilweise Streik noch fort, doch hofft man, daß die Arbeit heute in größerem Maße wieder aufgenommen werden wird, da viele Arbeiter angeblich nur aus Furcht noch feiern. Im Kohlenbecken von Charleroi ist eine besonders bemerkenswerthe Aenderung in den Ausstandsverhältnissen bisher nicht eingetreten. In Marchienne hat die Zahl der Arbeitenden etwas zugenommen, in den Werken zu Couillet wird wieder vollzählig gearbeitet. Die Lage in Mons ist gleichfalls im wesentlichen wenig verändert; jedoch haben auf der Zeche Levant im Becken Le Flenu etwa 500 Streikende die Arbeit wieder aufgenommen. Die Arbeiter der Kohlengruben von Ghlin haben die Arbeit eingestellt. In Seraing herrscht vollständigste Ruhe. Lanciers schützen die, welche sich zur Arbeit begeben wollen. Letztere gehen selbst mit Knütteln bewaffnet zur Arbeit. —

In Gent dauert der Streik der Dockarbeiter fort, die Metallarbeiter und Weber werden Meetings abhalten, um sich über den Streik auszusprechen. Die Weber und Spinner wollen bei den großen Fabrikanten Schritte thun, um sie für eine Verwendung beim Könige behufs Beschleunigung der Verfassungsrevision zu gewinnen.

Wie aus New-York gemeldet wird, schlossen etwa 3500 Holzhändler ihre Werkstätten, wodurch 125,000 Personen brotlos wurden.

Kinder-Kleider in strong moderner Ausführung, aus bestem Kleiderstoff oder Tricot, **zu aussergewöhnlich billigen Preisen.**

J. Lewin, Halle, Saale.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18910514010/fragment/page=0003

Betten. Fertige Betten (Oberbett, Unterbett und Kissen) per Stand 18 M., 21 M., 30 M., 36 M., 45 M., 50 M., 60 M.

Bettfedern, gute staubfreie Waare, per Pfund 60 Pfg., 80 Pfg., 1 M., 1½ M., 2 M., 2½ M., 3 M. etc.

Gebr. Fackenheim, Grosse Ulrichstrasse 13.

Bruno von Schütz,
24 Große Ulrichstraße 24,
hält sein Lager in **Oberhemden, Kragen, Manschetten, Cravatten, Hosenträgern, Handschuhen und Taschentüchern,** sowie **Maler's Hygienischer Unterkleidung** in nur soliden Qualitäten bestens empfohlen.

Wilhelm Heckert
Große Ulrichstraße 60.
Transportable
Grudeöfen
bestbewährtester Construction in einfacher und eleganter Ausstattung.
Reichhaltiges Lager. Billigste Preise.

Zu dem bevorstehenden **Kriegerverbandstage** empfehle meine
Decorationen leihweise
als Fahnen, Schilder, Fahnengruppen u. s. w. und bitte um baldige Bestellung.
Otto Kaestner, Tapezier und Decorateur.

Pockholzkugeln, weissbuchene Kegel
empfehlen in größter Auswahl billigst
Heinr. Karras, Mansfelderstr. 7. **Ernst Karras jun.,** Leipzigerstr. 4.

Fruchtsäfte.

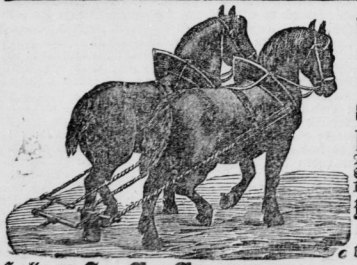
Himbeer-, Erdbeer-, Citronen-, Kirsch-Saft, garantirt nur reiner Saft mit feinster Raffinade eingekocht, in ¼, ½ und ¼ Literflaschen von 50 ₰ an.

Englische Biscuits
in 15 versch. Sorten ausgewogen und in 1 und 2 Pfd.-Cartons.
Chocolat Suchard, van Houtens Cacao
unter Originalpreis.
Gaedkes Cacao, ausgewogen p. Pfd. 2.40.

Wiener Pudding-Pulver, Liebigs Backpulver, Backmehl und **Pflanzengelée.**
Alle Sorten **Knorrs Suppentafeln** u. **Suppenmehle.**
Dr. Naumanns sämmtliche **Gewürz-Extracte** und **Gewürz-Mischungen.**

Braunschweiger Gemüse
zu bedeutend herabgesetzten Preisen,
z. B. 2 Pfund-Dose **Schnittbohnen** 35, 40 u. 50 ₰,
4 „ „ „ 70 u. 80 ₰,
2 „ „ **Schoten** 70, 80, 1.10, 1.50
u. s. w.

Rheinische Compotfrüchte
in größter Auswahl zu billigsten Preisen empfehlen
Gleim & Windmüller
Leipzigerstr. 95|96. — Fernsprecher 534.



Wir empfangen wieder einen **großen, frischen** Transport
Prima Belgischer Spannpferde.
Dieselben stehen vom **Sonnabend** den **16. d. Mts.** an **zu sehr soliden Preisen** bei uns zum Verkauf
Halle a. S., Töpferplan 4. **S. Grossmann & Sohn.**

Freitag den 15. d. Mts. trifft ein Transport Dänischer u. Belg. Arbeitspferde in leichtem und schweren Schlage bei mir zum Verkauf ein.
Albert Weinstein,
Merseburg, Bahnhofstraße 3.

Feste Preise. Gegründet 1854. **En gros.**

Sonnen-Schirm-Fabrik.

Preisverzeichniss
empfehlenswerther und solider Qualitäten:

in **Zanella** Mark **1,25.**
in **Zanella** mit weissem Ring „ **2,–.**
in **Atlas** (glatt und gestreift) Mk. **2,50.**
in **Atlas** (neueste Farben) gestreift u. glatt „ **2,50.**

in **Atlas** (farbig) carrirt u. gestreift **M. 3.**
in **Seide** (damassé) Mark **2,50.**

Neuheiten
in **schottisch** carrirt Mark **3,–.**
in **Seide** schottisch „ **4,–.**

Gloria-Entoutcas
in glatt und gestreift, für Herren u. Damen **v. 4 M. an.**

Ein Posten vorjähriger **grosser farbiger Entoutcas** à Stück **75 Pfg.** und **1 Mk.**

Franz Rickelt, Kleinschmieden.

Haupt-Contor: Thüringerstr. 2. Fernsprecher 316.
Louis Sachs
Halle a. S.
Lager u. Werkstätten: Thüringerstr. 2. Fernsprecher 316.

empfiehlt: **I Träger** in allen Profilen, desgl. ⊔ und **Walzeisen, gusseiserne Bausäulen, Unterlagsplatten, Anker etc., Wellbleche,** bei billigster Preisberechnung und schneller Lieferung.

Baueisen- und **Wellblech-Constructionen, eiserne Treppen** aller Art werden sachgemäß mit angefertigt.

„Allianz"
Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Berlin.
Grundkapital 4 Millionen Mark.

Die Gesellschaft schliesst unter anerkannt kulanten Bedingungen zu billigen festen Prämien:

Unfall- und Haftpflicht-Versicherungen aller Art.

Einzel-Unfall-Versicherungen, Reise-Unfall-Versicherungen, Seereise-Unfall-Versicherungen, eventl. mit Einschluss des überseeischen Aufenthaltes, **Kollektiv-Unfall-Versicherungen,** für Directoren, kaufmännische und technische Beamte industrieller Werke oder grösserer Handelsfirmen.

Haftpflicht-Versicherungen:

1. von **Bahnbetrieben** (Sekundär-, Strassen- und Bergbahnen) gegenüber den Passanten und Passagieren,
2. von **industriellen Betrieben** aller Art gegenüber dritten fremden Personen, eventl. mit Einschluss der Regresspflicht gegenüber der Berufsgenossenschaft,
3. von **Fuhrwerksbesitzern** für Unfälle, welche dritten fremden Personen durch Wagen und Pferde zustossen,
4. von **Hausbesitzern** für Unfälle, von welchen dritte fremde Personen (einschliesslich der Miether) auf den betreffenden Grundstücken einschliesslich des Trottoirs betroffen werden,
5. von **Hôtelbesitzern** für Unfälle ihrer Gäste,
6. von **Schiffarhedern** für Unfälle beim Rhederei-betriebe.

Zur Verabfolgung von Prospekten und Antragsformularen sowie zu jeder weiteren Auskunft stets gern bereit

Die General-Agenten der Gesellschaft:
Franz Richter, Halle a/S., Alte Promenade 28, **Fr. Kaiser,** Magdeburg, Moltkestr. 4a, **A. Heilling,** Erfurt, Neuwerkstr. 24.

Auction.
Donnerstag den 14. Mai 1891 Vormittags 10 Uhr versteigere ich im **Gasthofe zu Werben:**
Einen Posten Cigarren in Kisten u. Packeten, eine Partie Materialwaaren, als: Zucker, Kaffee, Reis, Cichorie, Nudeln, Salz u. s. w., 4 vollständ. Betten, Tische, Stühle, Uhren, Lampen, Bänke, 1 Büffet, Ladenregal mit Kasten u. drgl. m.
zwangsweise gegen gleich baare Zahlung an den Meistbietenden.
Leonhardt,
Gerichtsvollzieher in Zörbig.

Englisch! Mad^e. Knoechl **(Londonerin)** Albrechtstr. 16b, II.

Tanz-Unterricht
wird gründlich gegen mäßiges Honorar ertheilt. Anmeldungen werden gern entgegengenommen **Breitestraße 3.** **H. Weber.**

Norddeutscher Lloyd.
Post- und Schnelldampfer
von **BREMEN** nach
Newyork *Baltimore*
Ostasien *Australien*
Südamerika *La Plata*

Nähere Auskunft ertheilt:
Ed. Pitschke, Halle a. S. **E. Weber,** Naumburg a. S.
G. F. Menge, Weissenfels a. S.

Mikroscope, Lupen,
Taschenthermometer,
Compasse, Lesegläser
empfiehlt
Otto Unbekannt
Kleinschmieden, quervor, neben der Forelle.

Wilh. Heckert,
Gr. Ulrichstr. 60,
empfiehlt in größter Auswahl
eiserne Garten- u. Balconmöbel, Naturholzmöbel, Zeltbänke, David's Pat.-Rollschutzwände, Rasenmähmaschinen.

Pfaffendorf-Gollme.
Zum Ball
den 2. Pfingstfeiertag ladet freundlichst ein **Th. Zscheyge.**
Anfang 3 Uhr Nachmittags.

Marquisen-Drelle in grau und gestreift in allen Breiten empfiehlt **H. C. Weddy-Pönicke.**

Für den Inseratentheil verantwortlich: W. König in Halle.

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18910514010/fragment/page=0004